

# Osnabrücker Jahrbuch Frieden und Wissenschaft 23 / 2016

THEMENSCHWERPUNKT:

KRISEN EUROPAS – UKRAINE, NAHER OSTEN, MIGRATION

- OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015
- MUSICA PRO PACE 2015
- BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG

Herausgegeben vom Oberbürgermeister der  
Stadt Osnabrück und dem Präsidenten der  
Universität Osnabrück

V&R unipress

*Wissenschaftlicher Rat der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016*

Prof. Dr. Martina Blasberg-Kuhnke, Kath. Theologie, Universität Osnabrück (Vorsitz)  
Prof. Dr. Dr. Rauf Ceylan, Islamische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Roland Czada, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück (Stellv. Vorsitz)  
Hans-Jürgen Fip, Oberbürgermeister a.D. (Ehrenmitglied)  
Prof. i.R. Dr. Wulf Gaertner, Volkswirtschaftslehre, Universität Osnabrück  
apl. Prof. Dr. Stefan Hanheide, Musikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Christoph König, Germanistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Susanne Menzel, Biologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Reinhold Mokrosch, Evangelische Theologie, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Ulrich Schneckener, Politikwissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. em. Dr. György Széll, Soziologie, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Albrecht Weber, Rechtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Siegrid Westphal, Geschichtswissenschaft, Universität Osnabrück  
Prof. i.R. Dr. Tilman Westphalen, Anglistik, Universität Osnabrück  
Prof. Dr. Rolf Wortmann, Politikwiss. und Public Management, Hochschule Osnabrück  
Dr. Henning Buck (Geschäftsführung)

*Verantwortlicher Redakteur:* Dr. Henning Buck

*Redaktionelle Mitarbeit:* Joachim Herrmann, Dr. Michael Pittwald, Jutta Tiemeyer

*Einband:* Bruno Rothe / Tefvik Goektepe; Foto: [www.neumayr.cc](http://www.neumayr.cc)

*Für freundliche Unterstützung der Osnabrücker Friedensgespräche 2015-2016 danken wir*

- der Stadtwerke Osnabrück AG
- der Sievert-Stiftung für Wissenschaft und Kultur
- dem Förderkreis Osnabrücker Friedensgespräche e.V.

*Redaktionsanschrift:* Geschäftsstelle der Osnabrücker Friedensgespräche  
Universität Osnabrück, Neuer Graben 19 / 21, D-49069 Osnabrück  
Tel.: + 49 (0) 541 969 4668, Fax: + 49 (0) 541 969 14668  
Email: [ofg@uni-osnabrueck.de](mailto:ofg@uni-osnabrueck.de) – Internet: [www.friedensgespraeche.de](http://www.friedensgespraeche.de)

Die Deutsche Nationalbibliothek – Bibliografische Information: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.  
1. Aufl. 2016

© 2016 Göttingen, V&R unipress GmbH, Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen,  
mit Universitätsverlag Osnabrück /<http://www.v-r.de/>. Alle Rechte vorbehalten.  
Printed in Germany: Hubert & Co., Robert-Bosch-Breite 6, 37070 Göttingen.  
Gedruckt auf säurefreiem, total chlorfrei gebleichtem Werkdruckpapier; alterungsbeständig.

ISBN: 978-3-8471-0645-6  
ISSN: 0948-194-X

## Inhalt

Vorwort der Herausgeber. . . . .	7
Editorial. . . . .	9
<b>I. OSNABRÜCKER FRIEDENSGESPRÄCHE 2015</b>	
<i>Ukraine – Land in der Zerreißprobe?</i>	
Mit Vitali Klitschko, Hans-Gert Pöttering, Reinhard Lauterbach . . . . .	15
<i>Verhärtete Fronten zwischen Israel und Palästina: Was kommt nach den Wahlen?</i>	
Mit Avi Primor, Abdallah Frangi, Muriel Asseburg . . . . .	41
<i>Massentierhaltung – Ist unsere Tierproduktion noch zu verantworten?</i>	
Mit Christian Meyer, Heinrich Bottermann, Bernhard Krüsken . . . . .	69
<i>Flüchtlingseleid weltweit und Willkommenskultur in Osnabrück</i>	
Mit Boris Pistorius, Karin Asboe, Jochen Oltmer . . . . .	101
Adolf Muschg, Männedorf bei Zürich	
<i>Europa sieht Deutschland: Europa und das Vergessen . . . . .</i>	125
<i>Druschba!? – Welchen Weg nimmt das deutsch-russische Verhältnis?</i>	
Mit Matthias Platzeck und Irina Scherbakowa . . . . .	143

**II. MUSICA PRO PACE –  
KONZERT ZUM OSNABRÜCKER FRIEDENSTAG 2015**

Stefan Hanheide, Osnabrück  
*Die »Alpensinfonie« von Richard Strauss und die  
»Musik für Orchester« von Rudi Stephan in ihren Bezügen  
zum Ersten Weltkrieg . . . . .* 165

**III. BEITRÄGE ZUR FRIEDENSFORSCHUNG**

Rolf Wortmann, Osnabrück  
*Wozu Geopolitik? Von der Wiederkehr und den Risiken  
einer problematischen Denkfigur . . . . .* 179

Susanne Güsten, Istanbul  
*Schwierige Heimkehr. Das Beispiel aramäischer Christen  
in der Südosttürkei . . . . .* 191

Albrecht Weber, Osnabrück  
*Die Steuerung der Flüchtlingseinwanderung aus  
rechtlicher Perspektive. . . . .* 201

**IV. ANHANG**

Referentinnen und Referenten, Autorinnen und Autoren . . . . . 213  
Abbildungsnachweis . . . . . 219

## Massentierhaltung – Ist unsere Tierproduktion noch zu verantworten?

Podiumsveranstaltung in der Aula der Universität  
am 28. Mai 2015

<i>Christian Meyer</i>	Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz des Landes Niedersachsen
<i>Dr. Heinrich Bottermann</i>	Generalsekretär der Deutschen Bundesstiftung Umwelt, Osnabrück
<i>Dipl.-Ing. agr. Bernhard Krüsken</i>	Generalsekretär des Deutschen Bauernverbandes, Berlin
<i>Prof. Dr. Susanne Menzel</i>	Universität Osnabrück – Gesprächsleitung

*Susanne Menzel:* Das Thema ›Massentierhaltung‹ birgt hohe Brisanz. Schon der Begriff wird keineswegs als neutral wahrgenommen, und sein Gebrauch wird kritisch diskutiert. Ich bin selbst auf dem Land aufgewachsen, in einer Gegend, die traditionell durch die Landwirtschaft geprägt war. Bis in die 1960er Jahre betrieben viele Familien Landwirtschaft. Das Bild der Dörfer und die Landschaft sind bis heute davon geprägt. Die Menschen sind immer noch eng verbunden mit der Landwirtschaft, die dort eher kleinteilig und familiär strukturiert war. Ich erinnere mich an eine Szene am familiären, festlich gedeckten Weihnachtstisch, auf dem das Essen aufgetischt wurde. Man lobte die Speisen, und es wurde betont: Heute gibt es Kalbsschnitzel, etwas Besonderes, die seien auch nicht billig gewesen. Als das meine Cousinen, damals 13 und 14 Jahre alt, hörten, warf eines der Mädchen das Besteck auf den Tisch, die Gläser flogen, und sie rief anklagend meiner Mutter zu: Wie könne sie so etwas servieren? Die armen Tiere, die kleinen Kälbchen, unmöglich, das dürfe man doch gerade an Weihnachten nicht tun. Zunächst überrascht, diskutierten bald alle am Tisch lebhaft das Pro und Contra. Es fielen die klassischen Argumente: Es war doch immer so. Menschen haben immer Tiere genutzt und Fleisch gegessen, und außerdem, wenn man so argumentieren würde, könne man aufhören, Tiere überhaupt zu nutzen, dann dürfe man keine Milch mehr trinken und keine Eier mehr essen. Diese Vorstellung – *Veganismus* – wäre

vor einigen Jahren bei uns auf dem Land völlig absurd erschienen, für sich genommen und erst recht als gesellschaftlicher Trend. Immer wieder fiel die Aufforderung: Also mal ehrlich, bei aller Liebe, aber es sind doch am Ende *Tiere* – als sei das ein Argument, das für sich selbst stünde.

Diese Debatte lebt auch unter Studierenden, mit denen wir bio-ethische Themen diskutieren, immer wieder auf, und ebenso in Gesprächen mit Bekannten über das Thema *Tierwohl*.

Warum ist das so? Ich denke, der Grund ist ein bisher ungelöstes ethisches Dilemma. Deshalb ist es so schwierig, diese Diskussion auf eine sachliche Basis zu stellen. Es gibt Zahlen und Fakten, mit denen argumentiert werden kann. Aber diese Daten sind schwer zu über-



Susanne Menzel

prüfen und lassen keine eindeutigen Schlüsse zu. Kern des ethischen Dilemmas, das der Frage um Tierwohl und Tierschutz zugrunde liegt, ist die Frage: Welchen moralischen Status haben Tiere? Sind Tiere Menschen gleichgestellt oder nicht? In der Ethik wird einerseits die Argumentation vertreten, dass Tiere und Menschen nicht gleichgestellt seien, weil Menschen in der Lage sind, sich ihres Intellekts zu bedienen. Sie verfügen über eine Intelligenz, über die Tiere nicht verfügen, sie können reflektieren, sie sind vernunftbegabt, und somit stünden Tiere und Menschen nicht auf

einer Ebene. Damit wäre legitimiert, dass Menschen Tiere nutzen und über ihr Schicksal bestimmen dürfen. Wenn aber das Vorhandensein von Intellekt einziger Maßstab dafür sein soll, ob Menschen oder Tieren Rechte zugesprochen werden, eröffnet sich z.B. das schwierige Problem, zwischen einem Tier und einem neugeborenen Kind zu differenzieren. Dies ist ein heiß umstrittener Punkt in der ethischen Debatte, der immer wieder zu schmerzhaften Diskussionen führt. Wenn aber das Argument des Intellekts *nicht* ausschlaggebend sein soll, welches Kriterium legen wir dann an? Wir müssen ein Kriterium finden, das eindeutig alle Menschen von Tieren unterscheidet, und das ist schwer.

Man kann auch mit einer Ethik des Mitleids argumentieren: Menschen haben die Fähigkeit, Mitleid zu empfinden und müssen ihren Mitgeschöpfen gegenüber Mitleid zum Ausdruck bringen. Es entsteht also eine moralische Verpflichtung aus der Frage, ob wir Mitleid empfinden können.

Jeder Diskussion unseres Umgangs mit Tieren liegt dieses ethische Dilemma zugrunde, weil wir uns fragen müssen: Was dürfen wir? Was dürfen wir mit wem? Welche Rechte haben Tiere? Wenn Tiere Rechte haben, gilt das für alle Tiere? Gilt das auch für sogenannte Schädlinge, für Insekten, oder nur für Primaten? Welche Tiere streicheln wir? Welche essen wir? Wen schützen wir? Wen nutzen wir? Und auf welcher Basis können wir hier argumentieren?

Das ethische Dilemma des moralischen Status von Tieren werden wir hier nicht lösen können. Aber wir können versuchen, Positionen zu klären, um am Ende vielleicht doch Anknüpfungspunkte zu finden, die Orientierungen für die Zukunft bieten können.

*Bernhard Krüsken:* Es ist fast eine *mission impossible*, alle Punkte auch nur anzureißen, die uns im Kontext von Tierhaltung und Tierproduktion beschäftigen. Vielleicht müssen wir uns heute nicht fragen, ob die Tierhaltung so zu *verantworten* ist, wie sie ist, sondern ob die Art und Weise der *Diskussion* über Tierhaltung überhaupt zu verantworten ist. Das ist jedenfalls eine Frage, die sich Landwirte häufig stellen.

Das Thema ist vielschichtig, man kann z.B. beim Begriff ›Massentierhaltung‹ beginnen. Das führt allerdings nicht weit, denn die Definitionshoheit liegt hier allein im Urteil des Einzelnen. Meinungsumfragen haben ergeben, dass für viele Menschen schon 50 Kühe, 500 Schweine, 5.000 Legehennen als ›Massentierhaltung‹ gelten. Mit solchen Größenordnungen kann heute kein bäuerliches Unternehmen bestehen und erst recht nicht die nächsten 20 Jahren überstehen – auch nicht, wenn es ökologisch wirtschaftet, auch nicht, wenn es in die Direktvermarktung geht. Dahinter steht die Frage der Strukturen: Welche Strukturen in der Landwirtschaft wollen wir,

welche erwarten die Verbraucher und welche Strukturen sind realistisch umsetzbar?

Der zweite Zugang zu unserem Thema ist grundsätzlicher Art: Ist Tierhaltung *überhaupt* verantwortbar? Dazu hat die Landwirtschaft einen klaren Standpunkt: Natürlich ist Tierhaltung im Grundsatz verantwortbar, sie ist elementarer Bestandteil von Landwirtschaft, von Landnutzung, von Stoffkreisläufen in der Landwirtschaft, im ökologischen ebenso wie im konventionellen Landbau. Das System Landwirtschaft produziert nicht nur Brotweizen oder Rapsöl für Biodiesel oder nur Filetspitzen, sondern es produziert immer im System, im Verbund. Es ist multifunktional, und dabei spielt die Tierhaltung eine Schlüsselrolle. In der Ökonomie des ländlichen Raums betreiben 200.000 Betriebe Tierhaltung, nicht etwa nur eine Handvoll finsterner Agrarindustrieller. Die Landwirtschaft erzielt damit über die Hälfte ihrer Wertschöpfung. Das kennzeichnet unsere ländlichen Räume und deren Ökonomie.

Ich möchte zwei Punkte in den Vordergrund stellen:

Einmal ist dies die *Frage der Maßstäbe*. Wir haben eine gesellschaftliche Diskussion um Landwirtschaft, insbesondere um Tierhaltung, und teilen die Einschätzung, dass ein wesentlicher Teil dieser Diskussion nicht etwa dadurch veranlasst wäre, dass die Verhältnisse sich verschlimmert hätten, sondern dass sich die Wahrnehmung und die angelegten Beurteilungsmaßstäbe verändert haben. Auch ich bin in anderen, kleineren bäuerlichen Strukturen aufgewachsen. Kindheitserinnerungen helfen aber nicht weiter. Wir brauchen angemessene und objektivierbare Maßstäbe. Wenn weite Kreise der Verbraucherschaft heute ein emotionales Verhältnis zu Nutztieren haben, das dem immer ähnlicher wird, das sie zu Heim- und Gesellschaftstieren pflegen, dann können weder technische Spezifikationen noch rechtliche Vorschriften allein das Verhältnis zum Tier regeln. Das ist dann wirklich eine Frage der persönlichen Ethik.

Zum Zweiten möchte ich die Mechanismen unserer gesellschaftlichen Diskussion ansprechen, insbesondere die Art und Weise, wie diese abläuft. Wir erleben eine zunehmende *Polarisierung*, wir sehen in der öffentlichen Diskussion vermehrt Zerrbilder der Landwirtschaft. Das hat auch mit Funktionsweisen der Medien zu tun, mit Zuspitzung, mit *campaigning*. So entstehen Zerrbilder, die aus Sicht der Landwirtschaft jeder Realität Hohn sprechen. Da wird z.B. behauptet, die Tierproduktion in Deutschland verursache unmittelbar einen Kahlschlag auf dem südamerikanischen Kontinent, setze Todesschwadronen im Marsch, die Flächen für Sojafelder freischießen, und Sorge mit ihrer Fleischproduktion für Dumpingpreise am anderen Ende der Welt. Hinzu kommt eine Thematisierung der Tiergesundheit, die den Eindruck erweckt, als ob Landwirte ständig darauf aus

seien, den Antibiotika-Einsatz zu steigern. Ein solcher Stil in der öffentlichen Diskussion macht einen vernünftigen Diskurs und eine konstruktive gesellschaftliche Debatte unmöglich. Dadurch werden sogar Kritikpunkte überlagert, über die man wirklich reden kann und muss.

Die technische Sicht, die die Landwirtschaft einnimmt und aus der heraus sie in den letzten 20 Jahren erfolgreich war, findet nicht immer und überall Verständnis. Aber sie ist auch verbunden mit Werten, mit Wert-

abwägung, mit Nachhaltigkeitsaspekten. Es gibt nicht gleich Beifall, wenn man erklärt, dass in Sachen Tierhaltung in den zurückliegenden 20 Jahren in Deutschland – leider nicht weltweit – erhebliche und messbare Fortschritte erreicht wurden, z.B. in der Tiergesundheit, was die Anzahl der Seuchenzüge angeht,



Bernhard Krüsken

und in der Lebensmittelsicherheit, was die Schwere und Anzahl von Vorfällen betrifft. Auch gibt es Bewegung beim Arzneimitteleinsatz. Wenn Sie die Viehställe der 1980er Jahre mit den heutigen, neuen vergleichen, wird jeder Landwirt bestätigen, dass ein deutlicher Fortschritt erreicht wurde, der ein besseres Management ermöglicht. Sie bieten mehr Platz, sind tiergerechter. So ist mehr Tiergesundheit erreichbar und auch mehr Prozessqualität. Die Tierhaltung wurde effizienter: Mit einem fast unveränderten Schweinebestand erreichen wir eine deutlich höhere Erzeugung. Effizienz heißt nicht, immer mehr Betriebsmittel für die landwirtschaftliche Produktion aufzuwenden, sondern aus immer weniger Einsatz immer mehr zu machen. Hier spielen auch der geringere Flächenverbrauch oder niedrigere Stickstoffüberschüsse eine Rolle. Das sind alles sehr technische Dinge, die nicht leicht nach außen zu kommunizieren sind. Diese Verbesserungen

stärken auch die ökologische Nachhaltigkeit. Landwirte ärgern sich zu Recht, wenn man ihnen empfiehlt, in die Welt der 1970er Jahre zurückzugehen und dann mit 15 Kühen und 20 Hektar Land ihr Leben zu bestreiten. Auch in anderen Berufen würde heute niemand mit seinem Gehalt von 1990 zufrieden sein. Unsere Betriebe müssen ökonomisch funktionieren, sie müssen eine Perspektive haben, sie müssen wachsen und sich entwickeln können, damit sie teilhaben an der gesamtwirtschaftlichen Weiterentwicklung und nicht auf einem Niveau eingefroren werden, das ihnen die Perspektiven nimmt.

Sicherlich gibt es Mischformen der ländlichen Ökonomie, Nebenerwerb oder Haupterwerb. Die deutsche Landwirtschaft ist strukturell vielfältig. Sie hat einen Anpassungsprozess hinter sich, ist im Markt erfolgreich. Leider nimmt die Verbraucherschaft dies nur zum Teil wahr. Die Verbraucher folgen, indem sie konsumieren, die produzierten Waren nachfragen, auch die günstigen Preise wahrnehmen, aber emotional sind sie nicht dabei. Das ist auch von Printmedien und von der Werbewelt bestimmt: Da wird Landwirtschaft gern ein bisschen romantisch und als Projektionsfläche für Emotionen und Sehnsüchte gezeichnet. Ein Journalist, der sich mit Agrarwirtschaft beschäftigt, hat mal gesagt: Ja, ihr könnt euch gern um Ressourceneffizienz etc. bemühen, aber dem Verbraucher ist vor allem wichtig, dass das Bild stimmt.

Wie kommt man aus diesem Dilemma heraus?

Erstens brauchen wir einen differenzierten Blick, auch in der politischen Diskussion. Wir können nicht länger die deutsche Landwirtschaft und die Tierhaltung als monolithischen Block behandeln, der sich gut für Schuldzuweisungen eignet. Es ist eine Frage der Diskussionskultur, wir müssen von Beschimpfungen der Landwirtschaft, auch wenn sie vielleicht nicht so ernst gemeint sind, wegkommen.

Zweitens ist es aus Sicht der Landwirtschaft wichtig, einen Weg zu finden, auf dem es möglich wird, die Dinge, die die Leute *wollen*, auch in die Verkaufstheken zu bringen und so zu testen, ob sie auch wirklich gekauft werden. Unser Dilemma ist, dass wir eine Verbraucherschaft haben, die sich A wünscht und B kauft. Wir wollen ja Veränderungsprozesse auf den Weg bringen. Landwirtschaft hat sich immer verändert, auch die Tierproduktion. Sie kann nicht dauerhaft gegen die übrige Gesellschaft arbeiten. Wir wehren uns gegen den Eindruck bzw. den Vorwurf, dass dem Verbraucher von der Landwirtschaft irgendetwas vorgesetzt wird. Heute kann jeder kaufen, was er oder sie möchte. Man kann sich darüber streiten, ob die Angebote gut genug sind, aber wir kommen nicht weiter, ohne dass auch Verbraucher und Handel Verantwortung übernehmen.

Dritter Punkt: Wir stehen ein für bäuerliche Betriebe. Sie sind Kern unseres Selbstverständnisses als Landwirte, denn 99% der landwirtschaftlichen Betriebe in Deutschland sind Einzelunternehmen, sind bäuerliche Unternehmen unterschiedlicher Größe, in Familienarbeitsverfassung. Sie sind nicht dafür geeignet, heute in ein Geschäft ein- und morgen wieder auszusteigen, um dann etwas anderes machen, etwa das Land verkaufen und anderes ankaufen. Wir machen in Deutschland kein *corporate farming*. Aber häufig fehlt es einfach an guten Rahmenbedingungen. Das hat nichts mit der Betriebsgröße zu tun, sondern mit der Art des Geschäfts, auch mit der Agrarpolitik. Darin liegt übrigens auch ein Dilemma grüner Politik, wie manche Diskussionen in Niedersachsen, in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zeigen. Viele rechtliche Auflagen legen es Betrieben nahe zu sagen: Schluss, ich bin raus, ich mache keine Tierhaltung mehr und verpachte. Damit wird der Strukturwandel, den wir in den letzten Jahren einigermaßen kanalisiert haben, immer wieder beschleunigt und die Suche nach Größenvorteilen, den *economies of scale*, wird begünstigt – und damit auch größere Unternehmen, die komplizierte Auflagen leichter umsetzen können. Wir müssen wieder dahin kommen zu sagen: bäuerlich-unternehmerisch, das ist eine Frage der Unternehmenskultur und nicht eine Frage der Größe.

*Christian Meyer:* Die Debatte um die Nutztierhaltung wird heute breit geführt. Das bietet gute Chancen, sich über eine Produktions- und Ernährungsweise gesellschaftlich zu verständigen. Zur Frage der Tierhaltung gibt übrigens die niedersächsische Landesverfassung eine klare Auskunft. Dort heißt es: »Tiere sind als Lebewesen zu achten und zu schützen«. Im Begriff der Achtung ist eine ethische Würdigung des Tieres zum Ausdruck gebracht. Sie bedeutet zwar keine Gleichstellung mit dem Menschen, aber eines ist klar: Tiere sind keine Sache, nicht irgendein Produktionsmittel. Man hat bei allem Umgang mit Tieren vielmehr immer deren Würde zu berücksichtigen. Man kann Tiere nutzen, aber das verlangt die Vermeidung von Leiden. Auch das Bundestierschutzgesetz formuliert es so: Leid ist zu vermeiden, etwa beim Schlachtvorgang. Aber es geht eben auch um die Haltungsbedingungen.

Richtig ist, dass die Landwirtschaft sich stark verändert hat, und niemand will in die Vergangenheit zurück. Die Landwirtschaft wird aber in 50 Jahren auch nicht mehr die heutige sein. Diese These vertritt auch der Wissenschaftliche Beirat Agrarpolitik (WBA) der Bundesregierung. Viele Wissenschaftler haben aufgrund zahlreicher Studien festgestellt: Große Teile der Tierhaltung, die industrielle Massentierhaltung, sind gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert und nicht verantwortbar.

In Teilen der Produktion hat sich inzwischen etwas geändert. Es gibt heute nicht mehr *das* Hähnchen – schließlich werden sowohl männliche als auch weibliche Tiere für eine Verwendung unter diesem Begriff gezüchtet. Es ist nur eben nicht verantwortbar, dass z.B. in Niedersachsen jährlich 30 Millionen männliche Küken nach dem Schlüpfen getötet, vergast werden, weil sie zu wenig Fleisch ansetzen. Es sollte klar sein, dass es moralisch, ethisch und auch aus ökonomischen Gründen nicht zu verantworten ist, Tiere zur Geburt zu bringen und sie dann ungenutzt zu verwerfen, weil ihre Aufzucht angeblich unwirtschaftlich ist.

Schon mein Amtsvorgänger *Gert Lindemann* stellte fest: Wir brauchen eine Tierhaltung, bei der nicht die Tiere den Ställen angepasst werden, sondern die Ställe den Tieren. Er kündigte an, in der Tierhaltung Zustände zu schaffen, die nicht mehr gleichbedeutend mit Tierquälerei sind. Damit ist auch etwas zur aktuellen Gesetzeslage gesagt. Hier geht es z.B. um das Verstümmeln von Tieren, um das Amputieren von Körperteilen. Das ist eigentlich EU-weit verboten, im Tierschutzgesetz nur als Ausnahme erlaubt. Aber in Niedersachsen ist es ebenso wie in anderen Bundesländern Realität, dass 99% der männlichen Küken vergast werden und dass bei den weiblichen, die in die Legehennenhaltung kommen, die Schnabelspitze amputiert wird. Bei den Schweinen wird der Ringelschwanz amputiert. Aus meiner Sicht müssen wir eine Tierhaltung realisieren, die auf solche Eingriffe am Tier verzichten kann und in der Tiere so gehalten werden, wie es ihrer Art am ehesten gerecht wird. Auswüchse in der Tierhaltung dürfen nicht beschönigt werden, indem man darauf verweist, dass mit Tieren schon immer so verfahren wurde. Man muss anerkennen, dass manches gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert ist.

Ich bin gegen das Bauern-*bashing*, denn hier haben wir eine *gesamtgesellschaftliche* Verantwortung. Ich habe auch etwas gegen Verbraucher-*bashing*, denn die meisten Verbraucher wissen wenig über landwirtschaftliche Tierhaltung. Landwirte dagegen wissen, dass in einem Maststall 80.000 Hühner stehen können, mit 20 Hühnern respektive 39 Kilo Masthuhn pro Quadratmeter. Das Bundesverfassungsgericht hat in zwei Urteilen befunden, dass die Käfighaltung von Hühnern mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist. Daraufhin hat man über Auslaufdaten für diese Haltungsform diskutiert. Das ist auch eine Chance: Inzwischen werden in Niedersachsen dreimal so viele Hühner in Freilandhaltung aufgezogen (auch konventionell) wie in Käfighaltung.

Den Verbrauchern müssen wir ehrlich sagen: Wir brauchen mehr Wertschätzung für Lebensmittel, und Tierschutz kostet Geld. Wenn die Tiere mehr Platz bekommen, wenn die Haltungsbedingungen verbessert werden, wenn es Beschäftigungsmaterial gibt, kostet das etwas. Unsere Tierhaltung

muss sich also verändern. Das sollte ähnlich wie bei der Energiewende geschehen: in einem Dreiklang des Förderns, des Kennzeichnens und notfalls des Verbotens. Käfighaltung, das Amputieren von Schnabelspitzen und auch das Wegwerfen männlicher Küken gehören verboten. Aber – und da stimme ich dem Bauernverband zu – wir müssen aufpassen, dass wir damit nicht die schlechte Tierhaltung ins Ausland exportieren. Dann kämen die gequälten Hühner aus anderen Ländern zu uns. Wir hätten für den Tierschutz nichts erreicht, hätten nur unsere Landwirtschaft und unsere Massentierhaltung vertrieben.

Ich möchte, dass die Tierhaltung in Niedersachsen bleibt, ich will sie umbauen und so

erhalten. Darum müssen wir auch international für faire Standards kämpfen, etwa mit Blick auf die Freihandelsabkommen der EU mit den USA und Kanada, damit nicht hier Produkte zu verringerten Standards auf den Markt kommt. Es ist bemerkenswert, wenn selbst das IFO-Institut sagt: Der große Verlierer des Freihandelsabkommens TTIP wäre die Landwirtschaft, und vor allem die Geflügelhaltung, wenn wir den Markt einfach öffnen, denn die Produktion ist in den USA um 20% günstiger. Dabei geht es gar nicht um das Chloren der Hühner, sondern um die Produktionsbedingungen. In den USA ist nicht einheitlich geregelt, wie viel Platz ein Huhn, eine Pute, ein Schwein brauchen, und es herrschen dort ganz andere Lohn- und sonstige Bedingungen.



Christian Meyer

Richtig ist, dass Landwirte fair entlohnt werden und am gesellschaftlichen Fortschritt teilnehmen können. Das bedeutet, dass der Preis für tierische Produkte entsprechend steigen muss. In den letzten zehn Jahren hat sich die Zahl der Schweinehalter und die der Rinderhalter halbiert, aber es werden mehr Schweine und Rinder als vor zehn Jahren gehalten, und dies führt zu immer größeren Beständen. Wir kämpfen aber auch für die Kleinbetriebe. Ein Bauer, der gefragt wird, ob er lieber 50 Kühe bei einem Milchpreis von 30 oder 40 Cent pro Liter halten oder lieber 100 Kühe bei einem Milchpreis von 24 Cent, dem aktuellen Stand, halten würde, wählt natürlich die 50 Kühe bei 40 Cent, sodass er weniger Arbeit, weniger Kosten, weniger Aufwand hat und sich wirklich um die Tiere kümmern kann. Deshalb müssen wir zwischen Landwirtschaft und Verbrauchern zu einem Bündnis kommen.

Ich begrüße die Bereitschaft vieler Bauern, beim Tierschutz mitzumachen. Sie haben akzeptiert, dass sich etwas ändern muss, und haben zusammen mit dem Handel die *Initiative Tierwohl* gestartet. Diese Bauern, die Schweine oder Hühner halten, bekommen eine Entlohnung, wenn sie z.B. den Tieren 10% mehr Platz bieten und auf Eingriffe wie Amputationen verzichten. Dass der Lebensmittelhandel dafür zu wenig Geld aufgebracht hat und dass nun die Hälfte der bereitwilligen Landwirte leer ausgeht, ist bedauerlich. Hier hat der Staat eine Aufgabe. Wenn unsere Gesellschaft mehrheitlich zu der Ansicht kommt, dass die bisherige Nutztierhaltung nicht mehr verantwortbar ist, dann müssen wir den Bauern das Geld für Veränderungen geben. Wir brauchen weder neue Steuern noch eine ›Fleischabgabe‹. Es gibt heute keinen Bereich, der so stark staatlich subventioniert ist wie die Landwirtschaft. 55 Milliarden Euro gehen an die landwirtschaftlichen Betriebe in der EU, entsprechend der bewirtschafteten Fläche. Allein nach Deutschland fließen jährlich sieben Milliarden Euro, für Niedersachsen bedeutet das eine Milliarde Euro an Direktzahlungen für die Landwirte. Die Frage ist nur, wofür diese Zuschüsse gewährt werden. Sollten wir damit nicht lieber unseren Tierhaltern helfen? Das empfehlen auch Wissenschaftler im Agrarbeirat der Bundesregierung.

Wir haben mit der Hochschule Osnabrück und dem Handel ein Modellprojekt gestartet: In einigen Läden gibt es jetzt Eier von Hühnern mit nicht gekürztem Schnabel. Dafür erhält der Bauer drei Cent zusätzlich, denn das entspricht seinem Mehraufwand: ein Cent für mehr Beschäftigungsmaterial, ein Cent für den Stall, ein Cent für den Bauern, der besser aufpassen muss, dass die Hühner sich nicht gegenseitig verletzen. Das ist doch ein guter *deal!* Der durchschnittliche deutsche Eierverbraucher zahlt 6,50 Euro im Jahr mehr dafür, dass die Hühner besser gehalten werden.

Niedersachsen fördert solche Initiativen und wird 28 Mio. Euro für unversehrte Legehennen austeilen, für Schweine mit intaktem Ringelschwanz bekommt der Bauer dann 16,50 Euro. Der Handel will das mit 6 Euro honorieren. Viele Landwirte werden dabei mitmachen, und diese Bereitschaft muss man aufgreifen. Den Bauernverband kann ich nur auffordern: Kämpft mit uns für höhere Erzeugerpreise.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die *Kennzeichnung der Produkte*, z.B. der Eier. Der Verbraucher weiß oft nicht, was er kauft, er kann es nicht erkennen. Von den Verpackungen der Agrarprodukte grüßt meist ein ländliches Idyll. Kühe tragen auf der Milchpackung Hörner, obwohl die Wirklichkeit ganz anders aussieht. Da wird getäuscht und getrickst, dem Verbraucher werden paradiesische Verhältnisse vorgegaukelt. Deshalb sollte die Kennzeichnung der Eier beispielgebend sein. Seit darauf zu ersehen ist, ob sie aus Käfig-, Boden- oder Freilandhaltung stammen, kaufen 90% der Verbraucher keine Käfigeier mehr. Die großen Handelsunternehmen bieten solche Eier nicht mehr an. Wenn derselbe Verbraucher allerdings Nudeln oder Kuchen kauft – und diese Produkte machen die andere Hälfte des Eiermarkts aus –, dann enthalten sie meist Käfigeier, die nicht aus Niedersachsen kommen, oft nicht einmal aus der EU, sondern z.B. aus der Ukraine oder aus anderen Ländern, erzeugt unter ganz schlechten Tierhaltungsbedingungen. Deshalb müssen wir gemeinsam dafür kämpfen, dass Kuchen, Mayonnaise und alle Eiprodukte mit dem Herkunftsland der Eier kennzeichnet werden. Erst dann hat der Verbraucher echte Wahlfreiheit. Wir schreiben ihm nichts vor, wir informieren über die Art der Haltung wie bei den Eiern. Dank solcher Konzepte können die Erzeuger höhere Preise erzielen. Deshalb wollen wir die Tierschutzwende, und die muss es auch mit kleineren Betrieben geben. Nur Größe, Masse, Billig kann nicht die Zukunft sein, ökologisch nicht, ethisch nicht und moralisch erst recht nicht.

*Heinrich Bottermann:* Das Tierschutzgesetz beruht auf dem ethischen Grundsatz, das Tier als ›Mitgeschöpf‹ zu betrachten. Dieser Grundsatz gilt seit der Verabschiedung des Tierschutzgesetzes in den 1970er Jahre. Kurz nach der Jahrtausendwende gab es dann etwas wirklich Neues: Der Tierschutz wurde als *Staatsziel* ins Grundgesetz aufgenommen, ebenso wie der Umweltschutz. Umweltschutz und Tierschutz sind gemeinsame Staatsziele und deswegen auch ähnlich zu betrachten und zu behandeln. Tiere sind aber nicht etwa Menschen gleichzustellen. Auch als Tierarzt möchte ich unterstreichen, dass Haustiere nicht so vermenschlicht werden dürfen, wie das in vielen Fällen geschieht. Damit wird eine artgerechte Haltung dieser Tiere verfehlt, und auch daraus kann ein Tierschutzproblem entstehen.

Die heutige Situation in der Landwirtschaft, und da sind ein paar Defizite zu benennen, hat ihren Ursprung nicht zuletzt in der Nachkriegszeit. Im Jahr 1955 wurde das *Landwirtschaftsgesetz* verabschiedet. Damit verfolgte man das Ziel, die Menschen auf dem Land an der wachsenden Wirtschaft und am wachsenden Lebensstandard besser zu beteiligen und zugleich möglichst preiswerte Lebensmittel bereitzustellen, damit ein Großteil des Einkommens der Familien für den Kauf von Konsumgütern übrig blieb. Nach den Hungerjahren des Krieges hatten die Menschen das Bedürfnis, Lebensmittel preiswert und unbegrenzt zur Verfügung zu haben. Die Landwirtschaft stellte sich auf diese Bedürfnisse des Marktes ein. In dieser Phase stand oft die bloße Menge der Produkte im Mittelpunkt. Um sie in wach-



Heinrich Bottermann

sendem Maß zu produzieren, baute man immer größere Ställe. Seit den 1950er, 1960er Jahren galt als Grundprinzip der Landwirtschaft: Wachsen oder Weichen! Auch die Effizienz der Haltungssysteme wurde weiter gesteigert. Dabei gab es gute, aber auch schlimme Entwicklungen. Schlimm war z.B. die Kälberhaltung in den 1970er, 1980er Jahren, die erst in den 1990er Jahren verändert wurde. Kalbfleisch galt als hochwertiges Produkt und wurde zu hohen Preisen auf den Markt gebracht. Kalbfleisch musste, weil es teurer war, möglichst weiß erscheinen. Diese Weißfleischigkeit wurde dadurch erzielt, dass man die Kälber nach der Geburt bis zu ihrem siebten Lebensmonat in eine dunkle Box stellte, sie artwidrig nur mit Milchaustauschfutter fütterte, und oftmals waren es Zuchtlinien, die eher

für die Milchproduktion geeignet waren. Damit diese Kälber dennoch Fleisch ansetzten, verabreichte man ihnen Hormone oder Beta-Agonisten – bekannt unter dem Namen Clenbuterol. Damit waren zu Anfang der 1990er Jahre auch Sportler unterwegs. Das gab Muskeln, das gab Fleisch. Das hörte glücklicherweise in den 1990er Jahren auf, nachdem mehrere ›Hormonskandale‹ die Öffentlichkeit aufgerüttelt hatten. Die Landwirtschaft passte sich mit ihrer Tierhaltung den veränderten Ansprüchen und Gegebenheiten an.

Heute gibt es in der Landwirtschaft weiterhin Tierschutzprobleme, die sich allerdings im Laufe der Zeit in der Wahrnehmung der Bevölkerung verändert haben. Die heutigen Haltungssysteme für Milchkühe und Schweine wären vor 30 Jahren noch eine Sensation gewesen. Sie wären ausgezeichnet und als optimal bezeichnet worden. Die Wahrnehmung der Praxis der Tierhaltung in der Bevölkerung und auch der wissenschaftliche Erkenntnisstand haben sich weiter verändert, sodass man sagen muss, es gibt weiterhin Defizite in der Tierhaltung. Auch nach meiner Ansicht ist die regelhafte Amputation von Tierschwänzen oder Schnäbeln nicht länger akzeptabel und muss beendet werden. Entstanden ist diese Situation auch dadurch, dass die Produktivität der Tiere immer weiter zunehmen sollte. Die Tierzucht hat sich weiterentwickelt, und insbesondere die Mastleistung – das, was das Tier pro Tag an Muskulatur ansetzt – wurde dramatisch erhöht in wenigen Jahren. Dabei hat man völlig aus dem Blick verloren, welche negativen Konsequenzen für das Tierverhalten damit verbunden waren. Hohe Leistung führt zu Aggressivität im Umgang untereinander, und das trägt dazu bei, dass die Schweine sich gegenseitig die Schwänze abbeißen und verletzen, wenn man diese nicht rechtzeitig kupiert. Der von Minister Lindemann vorgegebene Tierschutzplan enthält gute Ansätze und verfolgt ein gutes Ziel. Gleichwohl muss man auch die Begleitaspekte mitbetrachten. Wir müssen die Tierzucht weiterentwickeln, wir brauchen Tiere, die mit den veränderten Haltungsbedingungen zurechtkommen und so weitergezüchtet werden, dass sie weniger aggressiv sind.

Die Tierhaltung heute bringt zusätzliche Probleme mit sich, etwa das der Nährstoffe wie der hohe Einsatz von Stickstoff als Düngestoff. Hinzu kommen der Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel und die Emission von Schwermetallen und Schadstoffen in die Umwelt. Tierarzneimittel spielen auf der Ebene der Resistenzentwicklung gegen Antibiotika auch für den Humanbereich eine Rolle, sie sind daran jedenfalls beteiligt, wenn auch nicht alleinige Ursache. Schadstoffe, die durch Arzneimittelapplikation in die Umwelt, etwa in die Gewässer, geraten, sind ebenfalls ein ernst zu nehmendes Problem, an dem, neben der Humanmedizin, die Tierhaltung einen nicht unerheblichen Anteil hat. Letzten Endes sind die Folgen:

Artenverlust, hohe Treibhausgasemissionen und natürlich auch Flächenkonkurrenz. Diese Problemstellungen müssen ernsthaft bearbeitet werden, und wir müssen überlegen, wie man weiterkommt.

Dazu kann auch das Instrument einer richtigen Förderpolitik dienen. Wie schon erwähnt, fließen jährlich Subventionen in Höhe von 55 Milliarden Euro in die Landwirtschaft, eine enorme Summe. Die Frage ist, ob diese Förderpolitik zielführend ist. Wir haben gehört, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher eine wichtige Rolle spielen. Wenn man Lebensmittel unter anderen Rahmenbedingungen erzeugen will, müssen Verbraucher motiviert werden, dafür mehr Geld auszugeben. Dabei sollten öffentliche Einrichtungen beispielhaft vorangehen. Ob das schon der Fall ist? Nehmen Altenheime, Krankenhäuser, Kindertagesstätten, Schulen so viel Geld in die Hand, dass für das Mittagessen tatsächlich solche Lebensmittel eingekauft und verarbeitet werden, die saisonal angeboten, regional erzeugt und vor Ort zubereitet worden sind? Ich habe Zweifel, ob die vorgegebenen, niedrigen Tagessätze zur Ernährung von Erwachsenen ausreichen, um die gesteckten Ziele zu erfüllen. Wenn wir das Verbraucherverhalten ändern wollen, geht es auch darum, in staatlichen Stellen und öffentlichen Institutionen dieses entsprechend vorzumachen und uns dafür einzusetzen.

Die Deutsche Bundesstiftung Umwelt beteiligt sich auf vielfältige Weise daran, die Positionen der Beteiligten zu klären und die Situation, wie sie derzeit ist, zu verbessern. Naturschutz und Umweltschutz stehen bei uns im Mittelpunkt, und damit auch die Nachhaltigkeitsfrage. Wir sind der Auffassung, dass Ordnungspolitik, Förderpolitik und Nachfragepolitik mit allen Impulsen, die auf den Weg gebracht werden können, den Nachhaltigkeitskriterien entsprechen müssen. Sie müssen ökologisch einwandfrei, ökonomisch und sozial tragbar sein. Wir sind bemüht, jegliche Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Landwirtschaft nach diesen drei Kriterien zu überprüfen. Erst wenn diese drei Kriterien in der Balance sind, sind solche Maßnahmen tragfähig und für eine zukunftsfähige Landwirtschaft wichtig und richtig. Eine zukunftsorientierte und -fähige Landwirtschaft sollte sich nicht an der Vergangenheit orientieren. Ich kenne die Situation von vor 30 Jahren. Damals ging es vielen Tieren schlechter, und die Umweltbelastungen waren nicht geringer. Heute kennen wir viel genauer die Folgewirkungen unseres Tuns und unsere Möglichkeiten. Da müssen wir Impulse setzen. Die DBU fördert Projekte, die sich mit der Nachhaltigkeitsbewertung befassen. Wir fördern auch die Entwicklung von Viehställen, die den Nachhaltigkeitsgedanken und den Umweltschutz in den Mittelpunkt stellen: Wie schaffen wir es, die Emissionen aus den Ställen zu reduzieren? Wie holen wir den Stickstoff raus? Wie holen wir die Schad-

stoffe heraus, damit sie nicht in die Umwelt gelangen? Wir müssen die Landwirtschaft gemeinsam zukunftsfähig machen, auch durch Nachfragepolitik, Ordnungs- und Förderpolitik. Letztlich können wir stolz darauf sein, hier in Nordwestdeutschland eine so schlagkräftige Ernährungswirtschaft zu haben, die auf dem Weltmarkt mitmischen kann.

*Susanne Menzel:* Ein Thema hat in der öffentlichen Diskussion einen sehr großen Raum eingenommen: das Thema der Amputationen bei Tieren. Herr Krüsken, es gibt offenbar in der Gesellschaft den wachsenden Wunsch, regelhafte Amputationen in der landwirtschaftlichen Tierhaltung nicht länger zuzulassen. Haben der Bauernverband und die Landwirtinnen und Landwirte hierzu eigentlich eine gemeinsame Meinung?

*Bernhard Krüsken:* Die Landwirtschaft hat bei diesem Thema tatsächlich eine recht einheitliche, dezidierte Meinung. Bei vielen Themen gibt es ein großes Meinungsspektrum in der Landwirtschaft, aber gerade in der Frage der Amputationen bzw. Eingriffe stimmen die Praktiker, die jeden Tag mit den Tieren arbeiten, sehr überein. Niemand amputiert Schweineschwänze zum Vergnügen, denn diese Arbeit ist nicht leicht. Leider bietet hier auch die ›Ringelschwanzprämie‹ keine Lösung. Versuche unter Begleitung des Ministeriums und von Universitäten ergaben, dass bei einem Verzicht auf die Amputation von Schwänzen drei von vier Schweinen die Schlachtung nur mit Verletzungen unterschiedlicher Intensität erreichten – aufgrund des Problems des Kannibalismus. Diese Ergebnisse stammen nicht etwa aus Betrieben mit schlechter Produktionstechnik. Die Landwirte haben ein fundamentales Interesse daran, beim Tier mit so wenigen Eingriffen wie möglich auszukommen. Manchmal muss man abwägen: Es kann Situationen geben, bei denen der Eingriff, eine Amputation oder ein Abschleifen von Zähnen, auch aus Tierschutzsicht das kleinere Übel ist.

Wir brauchen auf jeden Fall praxistaugliche Lösungen. Es müssen Verfahren und Produktionstechniken entwickelt werden, die von den Betrieben wiederholbar umgesetzt werden können, ob das im Bereich der Klimaführung im Stall, beim Futter bzw. bei der Fütterung, in der Genetik bzw. den Zuchtverfahren oder bezüglich des Platzangebots oder des Angebots von Beschäftigungsmaterial im Stall ist. Wir können nicht den Amputationsverzicht postulieren und die Landwirte in den Betrieben mit den Problemen von Verletzungen und Entzündungen bei den Tieren alleinlassen. Dann hätten wir ein noch größeres Tierschutzproblem.

Ein weiteres Beispiel ist die Tötung männlicher Küken. Vielleicht hat hier in der Landwirtschaft bisher das Betriebsergebnis zu sehr im Vordergrund gestanden. Wir sind auch nicht für Kükentötung; wir beenden diese

Praxis sofort, sobald eine Lösung da ist, sprich: eine Möglichkeit zur Geschlechterbestimmung der Embryonen. Wenn in Deutschland ein Verbot der Tötung von Eintagsküken durchgesetzt würde, stünde zu befürchten, dass die Brütereien in die Niederlande oder nach Polen ausweichen. Schließlich haben wir einen gemeinsamen Markt. Dann wären wir zwar moralisch sauber, aber für den Tierschutz wäre nichts gewonnen.

Wir brauchen Lösungen, die auch nicht unterlaufen werden dürfen. Das klassische Beispiel für eine Fehlentwicklung ist die Käfighaltung von Legehennen. Eier, die in die industrielle Weiterverarbeitung gehen, kommen ungehindert aus Käfighaltung im Ausland. Jede agrarmarktpolitische Entscheidung in den zurückliegenden 20 Jahren hat die Weichen auf eine Öffnung von Märkten gestellt, also auf Internationalisierung, nicht auf Abschottung. Das ist im Hinblick auf den europäischen Binnenmarkt gut und richtig. Aber die deutsche Landwirtschaft ist darauf angewiesen, dass regulatorische Maßnahmen nicht zu ungleichen Wettbewerbsbedingungen führen, damit alle den gleichen Regeln unterliegen.

*Susanne Menzel:* In der öffentlichen Diskussion herrscht der Eindruck vor, dass auf Vorstöße zur Verbesserung des Tierschutzes und entsprechende Vorschläge, die Tierhaltung zu verändern, fast automatisch Abwehr und Blockade durch die Interessenvertreter aus dem Agrarbereich folgen. Gibt es vielleicht in der Landwirtschaft eine Dialogbereitschaft, die bisher nur übersehen wird? Welche Förderstrategien wären den Landwirten willkommen, wenn es darum geht, den Tierschutz zu verbessern? Welche Vorschläge und Ideen kommen dazu aus der Landwirtschaft selbst?

*Bernhard Krüskens:* Ein Beispiel ist die bereits erwähnte Initiative Tierwohl. Wir glauben, dass man mit nationaler Ordnungspolitik nicht wirklich weiterkommt. Die nachhaltigste aller Lösungen, um höhere Tierschutzstandards zu erreichen, liegt darin, dass der Markt diese honoriert. Darauf zielen wir mit der Initiative Tierwohl. Das ist ein ziemlich großer und Erfolg versprechender Versuch, bei dem wir die Kompensation der Mehrkosten nicht unseren Vertriebs- und Handelspartnern abverlangen, sondern den Endverbraucher an der Verkaufstheke beteiligen. Dafür haben wir zweieinhalb Jahre lang intensiv geworben und diskutiert. Der Lebensmitteleinzelhandel ist ein geschätzter und wichtiger Partner, aber als Einkäufer eben auch an niedrigen Preisen interessiert. Es war sehr mühsam, aber auf diesem Weg können wir etwas bewegen. Solange aber die eigentliche Zielgruppe, die Verbraucher, dies nicht honoriert oder nicht die Möglichkeit hat, es zu honorieren, bleibt aber der Erfolg aus.

*Susanne Menzel:* Herr Meyer, wie Erfolg versprechend ist die Initiative Tierwohl? Wird die Akzeptanz beim Konsumenten eintreten oder wird die Initiative am Ende gar nicht wahrgenommen?

*Christian Meyer:* Bei dieser Initiative sind Handel und Bauernverband weiter als die Politik. Unsere Position war: Tierschutz kostet etwas, die Landwirte müssen für ihren Mehraufwand eine Honorierung erhalten. Jetzt hat sich der Handel bereitgefunden, in einen Fonds einzuzahlen, aus dem Mittel an die Landwirte fließen. Leider gilt das nicht für alle Unternehmen, aber ein großer Teil ist dabei. Über 100 Millionen Euro fließen auf diese Weise für die einzelnen Leistungen an die Landwirte. Das ist ein guter Ansatz. Das Problem im Hinblick auf die Akzeptanz des Verbrauchers ist, dass dem Schnitzel, das im Handel gekauft wird, nicht anzusehen ist, ob das Schwein einem Betrieb entstammt, der eine bessere Tierhaltung hat oder nicht. Es gibt keine entsprechende Kennzeichnung. Das System sieht vor: Möglichst alle Handelsunternehmen zahlen in den Topf ein, und dann gehen Fördermittel an bestimmte Betriebe raus, die Verbesserungen in der Tierhaltung umgesetzt haben. Der Verbraucher hat nicht die Möglichkeit, dieses durch seine Auswahl aktiv zu honorieren, wie es bei Eiern oder bei Produkten mit Biosiegeln der Fall ist.

Die Initiative Tierwohl ist ein Ansatz des Handels und der Wirtschaft, und ich bin zuversichtlich, dass sie positive Wirkungen hat. Die Energiewende begann ähnlich: Solaranlagen wurden installiert, weil das gut honoriert wurde, nicht etwa nur auf Wunsch der Verbraucher. Das gleiche gilt z.B. für den verstärkten Anbau von Mais als Energierohstoff für Biogasanlagen. Solche Veränderungen auch landwirtschaftlicher Geschäftsfelder werden oft durch staatliche Steuerung bewirkt, und wir müssen es endlich hinbekommen, dass Tierschutz honoriert wird. Man kann sich über die Ringelschwanzprämie lustig machen, aber es funktioniert: Wir zahlen 16,50 Euro pro unversehrtem Schweineschwanz, denn das entspricht dem Mehraufwand des Landwirts, die Tiere gesund zu halten. Ich glaube, dass aus der Gesellschaft – ähnlich wie bei der Energiewende – Zustimmung zu solchen Maßnahmen zu bekommen ist. Alle zahlen ein paar Cent mehr, haben dafür nicht nur ein besseres Gewissen, sondern die Gewähr für eine bessere Tierhaltung und eine geringere Umweltbelastung. Auch die Bauern können damit zufrieden sein, weil sie etwas mehr Geld erhalten, eine Honorierung und Anerkennung für ihre harte Arbeit. Am Ende ist das für beide Seiten eine *win-win*-Situation. Der Nachteil: Leider kann ich als Verbraucher das Fleischprodukt aus verbesserter Tierhaltung wegen der fehlenden Kennzeichnung nicht aktiv würdigen.

*Susanne Menzel:* Wenn es stimmt, dass die zum Teil emotionale Diskussion um Tierhaltung und Tierschutz von denselben Menschen geführt wird, die als Konsumenten im Supermarkt dem Billigprodukt den Vorzug geben, dann fragt sich, wie die Selbstwahrnehmung des Verbrauchers zu schärfen wäre. Offensichtlich bewegen sich die Menschen in zwei getrennten Domänen, die man wunderbar im Alltag voneinander trennen kann.

*Heinrich Bottermann:* Wenn die Menschen nach dem Sonderangebot eines Discounters schießen und es kaufen, muss ihnen klar werden, dass sie zwar ein Schnäppchen machen, das rechtlich einwandfrei ist – und auch das Produkt wird nach den lebensmittelrechtlichen Vorgaben einwandfrei sein –, dass aber andere dahinterstehen, die eine Einbuße hinnehmen müssen. Wenn im Geschäft ein Liter Milch für 50 Cent zu haben ist, während der Landwirt dafür weniger als 30 Cent erhält, dann ist das nicht kostendeckend. Den Preis muss jemand anders zahlen. Entweder zahlt ihn der Landwirt, indem er Verluste macht. Um das zu kompensieren, könnte er weniger oder schlechteres Futter verwenden oder mehr Tiere in den Stall bringen, um mehr Milch zu erhalten, oder er versucht, an anderer Stelle Kosten zu sparen. Das heißt, einer zahlt: entweder das Tier, der Verbraucher, die Umwelt, und oft der Landwirt obendrein. Das Verständnis für diese Dimensionen der Lebensmittelerzeugung muss bei allen Verbrauchern ankommen. Darüber müssen sie informiert und aufgeklärt werden, aber ohne sie zu belehren oder ihnen etwas vorzuschreiben.

*Susanne Menzel:* Als Biologiedidaktikerin bin auch ich davon überzeugt, dass Bildung der Dreh- und Angelpunkt ist, aber wir stellen seit Langem immer wieder fest, dass besseres Wissen nicht unbedingt zu besserem Handeln führt. Wissen ist offenbar nur eine Voraussetzung, irgendetwas anderes muss hinzukommen. Sollte man also die Verantwortung allein dem Konsumenten zuschreiben? Oder müssen wir andere Steuerungsmechanismen einsetzen?

*Heinrich Bottermann:* Ordnungspolitische Tierhaltungsnormen weiter hochzuschrauben, führt zu verringerter Wettbewerbsfähigkeit und womöglich zu einer Verlagerung der Produktion ins Ausland. Ordnungspolitik allein ist nicht hinreichend. Wir brauchen eine weitergehende Kennzeichnung der Produkte, mehr Information – und Geduld brauchen wir auch, damit Informationen ankommen und die Menschen mitgenommen werden. Die Initiative Tierwohl ist ein richtiger Ansatz, mit ihr versucht man, aus dem Markt heraus Standards zu verbessern. Eine entsprechende Kennzeichnung der Produkte wäre allerdings wünschenswert. Wenn die Ver-

braucher an der Ladentheke ein teureres Lebensmittel kaufen, müssen sie wissen: dahinter steht etwas, das eine besondere Qualität hat und deshalb einen höheren Preis. Wenn das billigere Produkt nicht vom teureren zu unterscheiden ist, wird das billigere gekauft, das ist klar. Man muss differenzieren können, diese Möglichkeit muss kommen.

*Bernhard Krüsken:* Wissensvermittlung ist sicher wichtig, aber das Thema ist eben komplex. Es gibt durchaus Zielkonflikte zwischen ökonomischer Nachhaltigkeit und sozialer Nachhaltigkeit, zwischen Lebensmittelsicherheit und Tierschutzaspekten. Wenn etwa der Beirat Agrarpolitik fordert, alle Stalltüren aufzumachen und die Tiere an frische Luft zu lassen, müssen wir vor Nachteilen für die Tiergesundheit warnen, besonders für eine effektive Seuchenbekämpfung. Solche Abwägungen müssen auch für die Verbraucher nachvollziehbar werden. Jedenfalls sollte sich niemand anmaßen, für die Verbraucher entscheiden zu wollen, weil diese nicht verstehen, worum es geht. Mit Warnrufen, die Welt gehe unter, wenn weiterhin Fleisch gegessen wird, gibt man keine Anstöße zur Diskussion, sondern begeht grobes Foulspiel. Den Leuten zu sagen, ihr versteht das sowieso nicht, wir machen das für euch – das wäre bloße Bevormundung.

*Christian Meyer:* Wir wollen nichts vorschreiben, wir wollen, dass der Verbraucher Klarheit bekommt. Für den mündigen Verbraucher fehlen oft wichtige Informationen, die auf die Verpackung gehören, um eine Wahlfreiheit zu ermöglichen, z.B. über die Art der Tierhaltung. Ein positives Beispiel: Mit viel Mühe durchgesetzt, haben wir uns jetzt als achttes Bundesland am freiwilligen Schulobstprogramm beteiligt. Mehr als ein Drittel aller Grundschulen bekommt dreimal in der Woche Obst und Gemüse, immer mit Bildung im Unterricht verbunden. Die Schulen können sich einen Lieferanten auswählen, und 80% haben sich für einen Bio-Lieferanten entschieden. Auch um das, was in den Mensen an Universitäten und Schulen angeboten wird, muss man sich kümmern. Auch da geht es um Standards der Ernährung, und es muss ein Verständnis geprägt werden, dass Ernährung Wert hat. Wenn in Deutschland ein Drittel aller Lebensmittel aus dem Handel direkt in der Abfalltonne landet, dann relativiert das die Kritik am Flächenverbrauch und am Welthunger. Auch wenn es langsam geht, müssen wir mehr Bewusstsein dafür schaffen, dass Lebensmittel mehr wert sind, dass man für sie mehr bezahlen muss und der Bauer mehr für sein Produkt bekommen muss.

*Susanne Menzel:* Vielleicht gehört es zu der schon angesprochenen Vermenschlichung von Tieren, wenn in der öffentlichen Diskussion Dinge

gefordert werden, die wir uns als Menschen angenehm vorstellen: dass Tiere auch mal draußen sein dürfen, die Sonne zu sehen bekommen, einen gewissen Auslauf haben. Ist das Tierwohl messbar, selbst wenn unsere menschlichen Maßstäbe wissenschaftlich nicht begründbar wären? Woher wissen Sie, dass es den Tieren Ihrer Landwirte gut geht?

*Bernhard Krüsken:* Wir müssen Tierwohl anhand objektiverer Parameter messen. Die Tierethologie hat solche Modelle entwickelt. Man kann die Konzentration von Stresshormonen messen, Blutparameter erfassen, Verhaltensmuster beschreiben. Den einen, objektiven Zustand des Wohlbefindens gibt es allerdings bei Tieren ebenso wenig wie beim Menschen. Wenn es einem Lebewesen lange genug gut geht, stellt er sich darauf ein, dann ist das Wohlbefinden. Glücks- oder Unglücksempfinden ist in dem Moment feststellbar, wo sich ein Zustand verändert. Man muss hier unterscheiden: *Tierschutz* ist anhand von Kriterien objektivierbar, dazu stehen wir ohne Wenn und Aber. Aber beim *Tierwohl* wird es schwierig. Man kann es noch steigern und von *Tierglück* reden – und da versagt die Messbarkeit. Das ist nicht zu objektivieren. Das ist nur so zu lösen, dass wir dem Verbraucher am Markt eine Lösung anbieten, diese Form von Tierhaltung mit einem ›Wellnessfaktor‹, den ihr der Verbraucher selbst zumisst, zu bevorzugen. Dafür eignen sich spezielle Tierschutzlabels, die nicht dem *mainstream* des Marktes entsprechen, die es aber gibt. Die Initiative Tierwohl ist keine Konkurrenz für solche Labels, denn es gibt für jeden im Markt Platz. Wir können jedenfalls keine eigenen, nationalen ›Tierglück-sindikatoren‹ definieren und daran die Entscheidung festmachen, ob jemand Tiere halten darf oder nicht.

*Heinrich Bottermann:* Demnach würde Tierwohl ja bedeuten, dass die Tiere ›glücklich‹ sind, während für den Tierschutz, überspitzt gesagt, nur Mindestnormen einzuhalten sind. Es gibt aber sehr wohl wissenschaftliche Methoden, um bei Tieren etwa eine angemessene, verhaltensgerechte Unterbringung festzustellen. Was verhaltensgerecht ist, kann man in der wissenschaftlichen Literatur nachlesen bzw. daraus ableiten. Der verhaltensgerechte Habitus eines Tieres ist bekannt, von unseren Haustieren allemal: dazu zählen Verhaltensmuster, äußere Erscheinungen, das Auftreten und der Umgang mit anderen Tieren, also auch Aggressivität oder Zurückgezogenheit. Hinzu kommen messbare physiologische Eigenschaften wie Atmung, Temperatur, Blutzusammensetzung, Gesundheitszustand etc. Alle diese Kriterien sind für Untersuchungen in Sachen *Tierschutz* aussagekräftig, und das ist auch Gegenstand des von uns geförderten Verfahrens ›Nachhaltigkeitsbewertung für die Tierhaltung‹, das diese

Kriterien mit naturwissenschaftlichen Methoden erfasst. Dabei beschränkt man sich nicht auf das Messen. Wichtig sind auch das Beschreiben, Beurteilen und Bewerten, denn zur Tierschutzarbeit muss der Sachverstand einer Fachfrau oder eines Fachmannes herangezogen werden, die/der das Verhalten eines Tieres fachgerecht beurteilen kann. Tierschutzkonforme Haltung ist in jedem Stall in Deutschland, in jeder Tierhaltung erforderlich. Bisher wurde dies nicht flächendeckend untersucht, wir sollten aber dahin kommen, Tierschutz bewerten und beurteilen zu können, und damit auch weitgehend zu objektivieren.

*Susanne Menzel:* Herr Meyer, wenn jetzt von Indikatoren für den Tierschutz die Rede ist, dann müssen wir auch über Kontrolle sprechen. Welche dieser Indikatoren eignen sich für die Anwendung in der Praxis, um sicherzustellen, dass sich etwas verbessert in der Landwirtschaft?

*Christian Meyer:* Wir haben, übrigens im Konsens mit den Landwirten in der Geflügelwirtschaft, als erstes Bundesland *Tierschutzindikatoren* eingeführt. Dabei geht es nicht um einen bloßen ›Zollstock-Tierschutz‹, um sicherzustellen, dass ein Tier genügend Platz hat. Es geht erst einmal darum, Leid und Schmerz zu verhindern. Wenn ein Bauer sich nicht kümmert, kann es zu grausamen Zuständen kommen. Der einschlägige Ministerialerlass enthält vier Abbildungen von Hühnerfüßen: leichte, mittlere, und schwere Fußballenentzündung oder gesunde. Fachleute sagen: Fußballen sind ein sehr guter Tierschutzindikator. Bei schlechter Haltung ist die Rate von Entzündungen an den Füßen, die Schmerzen verursachen, hoch. In den großen Schlachthöfen in Niedersachsen wird elektronisch gezählt, in welchem Zustand Tiere angeliefert werden. Der Erzeuger erhält eine Rückmeldung und kann vergleichen: Warum haben andere Erzeuger bessere Ergebnisse? Und es gibt Beratungsangebote. Wer häufiger Geflügel mit schlechten Zuständen anliefert, wird stärker kontrolliert, und es wird geprüft, wie die Haltung verändert werden kann. Bei den Puten geht es um andere Indikatoren wie Brustblasenentzündung. Wir wollen zu messbaren Kriterien kommen, wie es der Ringelschwanz beim Schwein ermöglicht. Es ist nicht natürlich, dass 90% der Schweine sich gegenseitig den Schwanz abbeißen. Das liegt an den Bedingungen in den Ställen. Das Gleiche gilt für das Federnpicken bei Hühnern und Puten, eine Verhaltensstörung, die zu großem Leid und Schmerzen bei den Opfern führt. Deshalb muss man Haltungsbedingungen schaffen, die das maximal minimieren. Dafür sind deutliche Verbesserungen nötig, und wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft feststellen, wo gute und schlechte Bedingungen herrschen und wie man die Tierhaltung verbessern kann. Der erste Schritt ist, Leid und

Schmerz zu verhindern. Wir werden unsere Tierhaltung grundlegend ändern müssen, um wirklichen Tierschutz zu gewährleisten. Aber immer schrittweise, gemeinsam und am liebsten mit Fördermitteln und Kennzeichnung.

*Susanne Menzel:* Das klingt überzeugend: Es gibt Fördermittel und Beratung für die Landwirtschaft, Probleme werden erkannt und es wird gemeinsam daran gearbeitet, sie zu lösen. Das müssten Sie doch auch begrüßen, Herr Krüsken.

*Bernhard Krüsken:* Es gab schon etliche Versuche, Projekte und Ansätze, diese Probleme in den Griff zu bekommen, speziell das Schwänzebeißen. Langjährige Forschungen zum Thema Kannibalismus haben noch keine Lösung erbracht, die in jedem Betrieb reproduzierbar funktioniert. Man muss sicher daran weiterarbeiten. Da hat die Forschung die Aufgabe, Lösungen bereitzustellen. Wenn diese funktionieren, werden sie von den Landwirten sehr schnell umgesetzt werden.

Für das *Tierwohl* mag es Messmethoden geben. Messbar ist aber sicher nicht das *Tierglück*, das in manchen Vorstellungen der Verbraucher mitschwingt. Von den angeführten Tierwohlindikatoren weisen mehr als die Hälfte in der Praxis eine beträchtliche Streuung auf. Es kommt z.B. zu abweichenden Befunden in Betrieben, von denen alle sagen würden: wunderbar mit Auslauf und Einstreu, alles bestens, artgerecht usw. Die Materie ist kompliziert, und deshalb gibt es nicht *den* Tierwohlindikator.

Wir bemühen uns stattdessen schon seit Jahren um eine verlässliche Schlachtdatenbefundung, die bereits routinemäßiger Bestandteil des Qualitätssicherungssystems (QS) ist. Dabei nimmt der Veterinär am Schlachtband eine Bonitierung der inneren Organe vor und stellt z.B. fest, ob die Lunge entzündlich verändert ist oder nicht. So kann ein detailliertes Bild vom Gesundheitszustand der Tiere einzelner Betriebe entstehen. Der Betrieb erhält eine entsprechende Rückmeldung, und man kann ein *scoring* der einzelnen Betriebe machen. Dies ist ein sehr guter Tierwohlindikator. Problematisch ist aber die unterschiedliche Bewertungspraxis der Schlachthöfe, die ein *benchmarking* schwierig macht. Die Kooperation im Verhältnis von Veterinären und Schlachtbetrieben ist noch verbesserungsfähig.

Eine Bemerkung noch zum Stichwort Optimierung der Nährstoff- und Ressourceneffizienz, einem Thema der Ingenieure, das leider in der öffentlichen Diskussion kaum weiterhilft. Die hier angesprochenen ethischen Fragen und die Probleme mit der Akzeptanz der Tierhaltung sind damit nicht zu lösen. Wir können nur versprechen: Wir entwickeln die Tierhal-

tung weiter, wir machen sie ressourceneffizienter und zukunftssicherer. Emotionale Zustimmung werden wir damit nur zum Teil erreichen.

*Susanne Menzel:* In der Umweltpsychologie geht man von drei Motiven für Konsumentenentscheidungen aus: Zu *egoistischen* Motiven des Verbrauchers, der mit seinem Konsum seine Existenz wahren will, kommen *biosphärische* Motive, die auf den Schutz der Natur oder anderer Lebewesen zielen, oder *altruistische* Motive, die aus Mitgefühl für andere Menschen entstehen. Ein Beispiel für eine egoistische Argumentation gegen Massentierhaltung ist der Einsatz von Antibiotika in großem Stil, der dann vor allem Menschen selbst schadet. Die Argumente beziehen sich hier also eher auf menschliches als auf tierisches Wohl. Viele Menschen sehen hier ein Bedrohungsszenarium für sich selbst, sehr zum Ärger der Landwirte, die sich an den Pranger gestellt fühlen. Die Zahlen dazu gehen weit auseinander. Einerseits ist zu lesen, 80% der Landwirte in Niedersachsen seien Träger multiresistenter Keime. Andererseits hört man, dass lediglich 2% aller in Krankenhäusern festgestellten MRSA-Bakterienstämme aus Viehställen stammen. Wie sind diese Zahlen zu beurteilen? Welchen Zahlen können wir vertrauen?

*Heinrich Bottermann:* Das Thema der multiresistenten Keime (MRSA) ist eines der zentralen Themen, das wir in der Tierhaltung mit betrachten müssen. Die Tierhaltung hat einen Anteil an diesem Resistenzgeschehen, und das wird heute – anders als vor zehn Jahren, als das angeblich noch ein Problem aus der Humanmedizin war – niemand mehr leugnen. Wenn Viehbestände intensiv mit Antibiotika behandelt werden, kommt es zwangsläufig auch zu einer Vielzahl von Resistenzentwicklungen in der Keimpopulation des Organismus, und diese Resistenzgene können von Mikroorganismus zu Mikroorganismus, von Stamm zu Stamm weitergegeben werden. Das Fatale daran ist, dass diese Resistenzgene überlebensfähig bleiben und auf Keime übertragen werden können. Das ist ein sehr ernst zu nehmendes Problem. Gleichwohl muss man mit Augenmaß urteilen. Innerhalb der Tierbestände sind der Tierhalter und der Betreuer der Tiere sicher am stärksten gefährdet, stille Träger von multiresistenten Keimen zu werden. Ich vertraue den Zahlen, die für Niedersachsen vorgelegt wurden. Darin zeigt sich, dass in den tierhaltungsintensiven Regionen eine höhere Besiedlung mit Keimen zu finden war, auch bei den Tierhaltern. Aber auch in Regionen mit einer hohen Dichte von Kliniken und Altenheimen, wo *keine* intensive Tierhaltung erfolgt, haben wir sehr hohe Zahlen für multiresistente Keime. Wir müssen also sowohl die Tierhaltung als auch die Verabreichung von Arzneimitteln im Humanbereich genau in

den Blick nehmen. Beide haben daran erheblichen Anteil. Es geht auch um die Bedeutung für die Gesamtgesellschaft: Menschen haben bei Erkrankung einen höheren Anspruch darauf, behandelt zu werden, als Tiere. Bei der Tierbehandlung sind also andere Maßstäbe anzulegen. Inzwischen ist das Problem auch vonseiten der Landwirtschaft erkannt worden, und es wurden Maßnahmen eingeleitet, um den Arzneimitteleinsatz deutlich zu reduzieren. Weitere Entwicklungen zeichnen sich ab: Handelsketten wie McDonalds reagieren und kaufen nur Fleisch ohne Keime mit Resistenzgenen ein. Der Arzneimitteleinsatz bzw. der Verzicht darauf werden auf Dauer ein Vermarktungskriterium werden, ein Wettbewerbsargument. Ich kann nur alle Landwirte einladen, weiter den Arzneimitteleinsatz zu reduzieren, um ein Produkt auf den Markt zu bringen, das gesundheitlich vollständig unbedenklich ist und nicht über die Verteilung von Resistenzgenen unter Umständen mittelbar ein Risiko darstellen kann.



*Publikum:* Leider wird hier bisher die eigentliche Brisanz des Themas weitgehend ausgeblendet. Ich selbst stamme aus der Landwirtschaft dieser Region und bin der Ansicht, dass sich in den letzten 20, 30 Jahren sehr wenig zum Positiven verändert hat. Das Innere eines Schweinemaststalls sieht heute genauso aus wie vor 30 Jahren. Und noch überhaupt kein Wort fiel über Landschaftszerstörung und Umweltvergiftung sowie über die Tatsache, dass Lebensmittelqualität und -geschmack auf der Strecke bleiben. In meiner Heimatgemeinde nördlich von Osnabrück, im Artland, gab es 1975 über 100 Vollerwerbsbetriebe. Jetzt sind es noch vier. Bäuerliche

Landwirtschaft ist im nordwestdeutschen Raum immer weniger zu finden. Vorherrschend ist die Agrarindustrie, in der Hühner- und Putenhaltung gilt das absolut, bei der Schweinehaltung ist es ähnlich. Hier wurde weitgehend so geredet, als ob bäuerliche Landwirtschaft noch existieren würde – wie in der Werbung, die Sie selbst kritisiert haben.

*Bernhard Krüsken:* Mit Polarisierung der Diskussion und Verzerrung der Argumentation kommen wir nicht weiter. Die Verringerung der Zahl bäuerlicher Betriebe muss im Zusammenhang der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung gesehen werden. Die Zahl der Bäckereien und Metzgereien, die vor 30 Jahren in den Dörfern existierten, hat sich ähnlich verringert.

*Susanne Menzel:* Herr Meyer, stimmen Sie der Meinung aus dem Publikum zu? Stimmen Sie in Teilen zu, oder stimmen Sie gar nicht zu?

*Christian Meyer:* Ich stimme in Teilen zu, aber man muss differenzieren. Weder werden wir alle vergiftet, noch ist die Nutztierhaltung in ihrer Gesamtheit kritikwürdig. Aber manche Tierhaltungsbedingungen sind gesellschaftlich nicht mehr akzeptiert und auch rechtlich nicht mehr lange hinzunehmen. Wir brauchen eine *grundlegende* Wende in dieser Tierhaltung, bei der es nicht nur um wenige Symptome oder um ein paar Quadratmeter geht. Andernfalls bestätigt sich das Gesetz vom Wachsen oder Weichen und der Prozess der Verringerung der bäuerlichen Betriebe setzt sich fort. Ich bedaure auch, dass Bäcker und Schlachter immer seltener werden in den Dörfern. Wenn man mit immer weniger Bauern so weitermacht, wenn die Preise immer weiter fallen, wo sind dann die Grenzen des Wachstums? Bei 100-, 200-, oder 300.000 Hühnern? Ich möchte, dass Tiere besser gehalten werden, zu höheren Preisen verkäuflich sind und dass nicht weniger landwirtschaftliche Betriebe, sondern dass, wie beim Mittelstand auch, eine Vielfalt von Betrieben, mehr Betriebe und mehr Bauern existieren können, die von ihren Erzeugnissen leben.

*Publikum:* Für mich als Berufsimker, ebenfalls aus dem Artland, ist eine intakte Natur lebenswichtig. Der deutschen Landwirtschaft wurden zuletzt fünf Milliarden Euro Direktsubventionen für die Fläche gewährt. Das Bundesamt für Naturschutz (BfN) hat dagegen nur eine Milliarde Euro zur Verfügung. Es ist nicht akzeptabel, dass mithilfe von fünf Milliarden Euro Subventionen im Bereich des Naturschutzes so viele Schäden entstehen, dass wir eine Milliarde Euro ausgeben müssen, um gegenzusteuern. Der Artenrückgang ist rasant. Als Imker kann ich das für den Bereich der Insekten beurteilen. Wenn nicht ein *radikales* Umdenken in der Grunda-

richtung der Agrarpolitik erfolgt, brechen die Ökosysteme zusammen. Die Subventionen für die Landwirtschaft dürfen künftig nicht mehr an Fläche gebunden sein, sondern eindeutig an Qualität und Nachhaltigkeit. Dafür sollte sich der Bauernverband einsetzen, und das verlangt die Kennzeichnung von Fleisch zur Aufklärung und Information des Verbrauchers. Tierwohl ohne eine entsprechende Kennzeichnung des Fleisches ist eine Nullnummer, ist völlig sinnlos.

*Publikum:* Die Landwirte, so hörten wir, seien bereit zu Verbesserungen in der Tierhaltung, wenn in Europa einheitliche Wettbewerbsbedingungen herrschen. Warum gelingt es eigentlich nur in der Industrie, Normen immer weiterzuentwickeln, immer höhere Standards zu setzen, an die sich alle halten müssen? Warum gelingt das nicht bei einem so wichtigen ›Produkt‹ oder Thema wie Tieren?

*Bernhard Krüsken:* Die Landwirtschaft hat kein Problem damit, ihre Produkte mit Herkunftskennzeichnungen zu versehen. Das sieht die Lebensmittelindustrie schon anders, weil sie sich nicht so gern festlegen möchte, was die Herkunft der zu verarbeitenden Rohstoffe angeht. Wir stehen klar für Regionalität ein, haben aber ein Problem mit der verpflichtenden Kennzeichnung *aller* Haltungssysteme, denn diese Haltungssysteme lassen sich, anders als bei den Hühnereiern, nicht in drei einfache Kategorien fassen. Es soll aber und muss künftig eine Möglichkeit geben, dass sich Landwirte und Vermarkter über die Haltungsform und über die Regionalität im Markt sichtbar machen können. Hier liegt unsere Priorität bei einer freiwilligen Lösung, was die Haltungskennzeichnung angeht.

Für die Initiative Tierwohl haben wir derzeit eine Kennzeichnung, die ähnlich funktioniert wie beim Ökostrom. Bisher beteiligen sich weniger als zehn Prozent der Landwirte daran. Im Lebensmittelhandel an der Theke gibt es daher die Information: Hier wird die Initiative Tierwohl unterstützt, hier kann man einen Beitrag zu diesem Anreizsystem leisten. Erst wenn eine kritische Masse erreicht ist – wobei die Unterstützung des Lebensmittelhandels gebraucht wird –, wenn wirklich große Teile der Produktionsbetriebe mitmachen, kann man auch am Produkt kennzeichnen.

Ein Wort zum Umweltschutz: Betrachtet man die Flächenbilanz der letzten 15 Jahre, stellt man fest, dass die Landwirtschaft klarer Verlierer ist. Die landwirtschaftlich genutzte Fläche hat um fast eine Million Hektar abgenommen. Gewonnen haben Siedlungsbau und Infrastruktur, auch der Naturschutz und der Wald. Weltuntergangsszenarien, nach denen hier kein Naturschutz stattfindet und keine Biodiversität mehr besteht, können wir nicht nachvollziehen, denn die für den Naturschutz der landwirtschaft-

lichen Nutzung entzogenen Flächen sind definitiv mehr geworden. Der Naturschutz ist der Gewinner des Flächenmanagements.

Es ist richtig, dass landwirtschaftliche Betriebe auf die Fläche bezogene direkt gezahlte Subventionen erhalten. Diese Flächenbeihilfen sind die Kompensation dafür, dass zwischen Europa und dem Rest der Welt ein signifikanter Unterschied in den regulatorischen Standards besteht.

*Susanne Menzel:* Herr Meyer, müssen wir weiter Agrarsubventionen in der bisherigen Höhe zahlen?

*Christian Meyer:* EU-weit bekommen 20% der Betriebe 80% der Agrarsubventionen, weil diese sich nach der Fläche richten. Was darauf angebaut wird, ist gleichgültig. Leistungen für die Umwelt und auch die Tierhaltung bleiben unberücksichtigt. Das wird der Steuerzahler langfristig nicht akzeptieren. Wenn der Landwirt am Feldrand einen Blühstreifen anlegt, hilft er damit auch den Bienen. Erlös kann er damit aber nicht erzielen. Da muss der Staat Geld geben, und das wird aus der sog. zweiten Säule der Agrarsubventionen finanziert. Das aber reicht nicht aus, und das gilt auch für viele andere Punkte wie z.B. den Pflanzenschutz. Die Bienenhaltung bleibt gefährdet. Deshalb fordern wir eine Umschichtung der Agrarsubventionen von der ersten Säule, den Direktsubventionen, hin zur zweiten Säule. Das ursprüngliche Motiv der Subventionen war ja, für billige Lebensmittel zu sorgen. Das kann heute nicht mehr gelten, zumal wir als Steuerzahler alle für diese Subventionen aufkommen. Wo deutsche Wirtschaftsunternehmen erfolgreich exportieren, tun sie das mit Qualität, nicht mit den billigsten Autos und Elektroartikeln. Wir haben hohe Lohnstandards, zu Recht, und wir wollen höchste Qualität. Und Qualität in der Landwirtschaft heißt heute: Nachhaltigkeit und hohe Tierschutz- und Umweltschutzkriterien. Dabei müssen Landwirte vernünftige Einkommen erzielen. Das heißt, es wäre eine Illusion zu glauben, dass wir billiger sein könnten als andere. Wir werden nicht billiger sein, und das heißt, wir müssen besser sein. Zwischen der Ernährungsindustrie und dem Handel kann es hier zu einem Zielkonflikt kommen, der eine Entscheidung erfordert: Soll vor allem billig für den Weltmarkt produziert werden oder will man mit hoher Qualität für den heimischen Markt und für einen hohen Qualitätsmarkt im Export eintreten? Man kann nicht Hähnchen billig für den Weltmarkt produzieren und gleichzeitig für das Inland mit hoher Qualität. Die Gesellschaft ist reif für eine Agrarwende und Tierschutz, und dazu brauchen wir keine neuen Steuern oder Abgaben.

*Publikum:* Heute werden ca. 40% der weltweiten Getreideproduktion ›veredelt‹, d.h. als Viehfutter verwendet. Würde eine Reduzierung dieser Veredelungswirtschaft nicht enorm viel bringen, um den Klimaschutz voranzubringen und die Erdbevölkerung von sieben Milliarden Menschen gut zu ernähren? Sollte die Politik nicht in diese Richtung drängen? Langfristig ist dies doch das Ziel, mit dem wir uns beschäftigen müssen.

*Publikum:* Warum haben sich Landwirte und Bauernverband so vehement gegen die Idee der Grünen gewandt, einen wöchentlichen *Veggie-Day* einzurichten? Fleischprodukte sind viel zu billig, und leider haben die Verbraucher noch nicht bemerkt, dass der Konsum von Fleischprodukten geringer werden muss. Dafür wäre ein *Veggie-Day* als Empfehlung eine Möglichkeit gewesen.

*Susanne Menzel:* Herr Meyer, über wie viele Tiere reden wir eigentlich in der niedersächsischen Landwirtschaft? Und wie stehen Sie zur Klimaschutzpolitik?

*Christian Meyer:* In Niedersachsen gibt es 100 Millionen Stück Geflügel, in einzelnen Landkreisen sind es bis zu 20 Millionen Hühner. Ferner haben wir 10 Millionen Schweine und 2,5 Millionen Rinder. Die Tierdichte in den Landkreisen Cloppenburg und Vechta ist die höchste in Europa; sie ist deutlich zu hoch, sie ist nicht nachhaltig. Die Tierdichte muss an die Fläche angepasst werden.

Natürlich müssen wir weniger Fleisch essen, das ist nicht nur gesünder, es entspricht auch unserer Verantwortung. Wenn alle sieben Milliarden Menschen so viel konsumieren würden wie ein Europäer oder ein Nordamerikaner, würden nicht einmal die letzten Regenwälder für den Futtermittelanbau ausreichen. Es sind ökologische Grenzen erreicht, der Tierbestand darf nicht weiter wachsen. Wir differenzieren hier übrigens und machen Auflagen speziell für Großbetriebe. Alle Schweinemastanlagen mit mehr als 2.000 Schweinen – das sind in Niedersachsen 10% der Betriebe – müssen einen Emissionsfilter haben. 90% der Betriebe, die immerhin 30% aller Schweine halten, sind davon unberührt.

Einer Studie der von der früheren Landesregierung eingesetzten Klimaschutzkommission Niedersachsen zufolge tragen die Landwirtschaft, die Landnutzung – insbesondere die Tierhaltung –, aber auch die Entwässerung von Mooren und Lachgasemissionen infolge Überdüngung zu 25% der Treibhausgasemissionen Niedersachsens bei. Das ist mehr als der Verkehr (17%) und mehr, als die Haushalte freisetzen. Dabei sind nur die Emissionen in Niedersachsen berücksichtigt, nicht jene, die der Futtermittel-

telanbau für die Tierhaltung in Niedersachsen in anderen Ländern verursacht. Die Frage, wie wir uns ernähren, ist deshalb für den Klimaschutz enorm wichtig. Fleischkonsum ist klimaschädlicher als eine vegetarische oder vegane Ernährung, aber niemandem wird etwas vorgeschrieben. Wir wollen vielmehr Lust drauf machen. Dazu wäre ein Veggie-Day ungeeignet – warum soll ich immer donnerstags kein Fleisch essen? Da möchte ich mir von der Politik keine Vorschriften machen lassen.

Beim Fleisch müssen aber die Preise stimmen. Würde das Hähnchen das kosten, was es an ökologischen Kosten verursacht, wäre es teurer, und wir hätten eine ganz andere Haltung dazu. Nicht selten wird Fleisch konsumiert, weil es billiger ist als das vegetarische Angebot. Das ist weder wirtschaftlich noch ökologisch rational.

*Bernhard Krüsken:* Beim Konsum von Fleisch kommt es sehr darauf an, wie man es erzeugt. Ich glaube, wir können uns im weltweiten Vergleich einiges zugutehalten. Wir haben keine ressourcenintensive *feedlot*-Tierhaltung, und damit stehen wir im internationalen Vergleich gut da.

*Christian Meyer:* Tatsächlich verdienen die Initiative Tierwohl und die damit verbundenen Anstrengungen der Bauern Lob und Unterstützung. Es gibt auch ein großes Interesse an den derzeitigen Agrarumweltmaßnahmen zur Förderung etwa der Blühstreifen. Und in Niedersachsen wird das Problem des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung von den Bauern durchaus anerkannt. Ich bin zuversichtlich, dass wir eine weitere Reduzierung hinbekommen. Mein Ziel ist auch, dass wir wieder Frieden in den Dörfern bekommen, d.h. dass ein Stallneubau akzeptiert wird, und dafür muss sich etwas ändern in der Tierhaltung. Die Diskussionen um Nutztierhaltung in Niedersachsen sollten wieder versöhnlicher werden, dazu müssen sich alle Seiten bewegen.

*Susanne Menzel:* Herr Krüsken, streckt Ihnen die grüne Agrarpolitik da die Hände entgegen?

*Bernhard Krüsken:* Ich glaube, dass wir gemeinsame Ziele verfolgen können, aber dazu müssen wir auf Dämonisierungen und Pauschalierungen verzichten. Wir müssen sachorientiert diskutieren und auch dem Umstand Rechnung tragen, dass wir Verbraucher und Märkte bedienen müssen. Unser Ziel ist: Was im Handel angeboten wird, sollte möglichst von den deutschen Landwirten erzeugt werden, und die Standards, die die Gesellschaft von uns will, kann sonst niemand liefern.

*Heinrich Bottermann:* Die Diskussion zeigt, dass das Verständnis auf beiden Seiten gewachsen ist. Man kann auch hart miteinander diskutieren, findet aber Wege zueinander. Die Ausgestaltung im Detail, ob etwa Stickstoffgaben auf 80 kg oder, wie wir meinen, auf 50 kg pro Hektar reduziert werden müssen, mag sehr technisch erscheinen, aber wir werden die Diskussionen führen müssen, und die Stiftung wird sich entsprechend ihrer Möglichkeiten daran beteiligen. Ich finde es gut, dass die Landwirtschaft Probleme erkennt und einräumt. Im Gegenzug ist es zu begrüßen, wenn die Leistungen der Landwirtschaft, die zu Verbesserungen führen, von der Politik und der Öffentlichkeit anerkannt werden.